

**(Senator Dietrich Wersich)**

ein Träger des Staats Steuergeld haben will, ob er solide wirtschaften, über die Mittelverwendung Rechenschaft ablegen und an der Klärung der wirtschaftlichen Zuverlässigkeit mitarbeiten muss. Wenn ein Träger diese Vorgaben nicht erfüllt, dann kann er von uns gemäß Landeshaushaltsordnung nicht gefördert werden. Das ist leider – das betone ich nochmals – bei Subway der Fall. Wenn Sie politisch den Eindruck erwecken, Träger könnten auch allein wegen "gut gemeint" gefördert werden, dann ist das ein verhängnisvolles Signal für Hunderte oder Tausende von Zuwendungsempfängern in der Stadt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Die Insolvenz und Geschäftsführung des Trägers sind nicht von uns zu verantworten. Für die betroffenen Menschen stehen Alternativen und Lösungen bereit. Genau daran, Herr Kienscherf, haben wir in den vergangenen Wochen, nachdem der Bericht vorlag, intensiv gearbeitet. Alle Träger, die in der Drogenpolitik und Drogenberatung erfahren sind, haben gesagt, nein, wir gehen bei diesem Träger keine Rechtsnachfolge ein, die Risiken sind unübersehbar und es gibt dagegen fachliche Bedenken. Wir haben Ihnen alles dargestellt. Wir haben jetzt eine andere Lösung für die betroffenen Menschen angeboten und ich habe die große Hoffnung, dass der Träger konstruktiv an dieser Lösung mitwirkt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

**Vizepräsidentin Nebahat Güclü:** Das Wort hat Herr Dr. Schäfer.

**Dr. Martin Schäfer SPD:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Das Problem bei dieser Geschichte ist nicht neu. Deswegen überrascht es umso mehr, dass erst jetzt – drei, vier Wochen vor dem Ende der Betreuung der Klientinnen und Klienten – mit großer Hektik begonnen wurde, nach Lösungen zu suchen. Vorher war davon nur zu spüren und zu bemerken, hier sollte ein unliebsamer Träger – warum auch immer – schlicht und ergreifend "platt gemacht" werden. Das war das eigentliche Ziel der Behörde. Die Behörde ging den ganzen Sommer über in keiner Weise auf die eigentlichen Probleme ein und konnte nicht sagen, wie die dortigen Klientinnen und Klienten weiter betreut werden könnten, sodass sie nicht verloren gehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Selbstverständlich haben Sie Recht, Herr Wersich, wenn Sie sagen, das Drogenhilfesystem in Hamburg könnte jederzeit 200 Einzelpersonen aufnehmen. Die Frage ist aber, ob genau diese 200 Leu-

te, die dort betreut werden oder betreut worden sind, auch da ankommen. Das bezweifeln wir stark. Es geht darum, ob man diese drei Standbeine, auf denen dieser Träger mittlerweile steht, erhalten sollte. Zwei bleiben, wenn ich das richtig sehe: die Wohnungen bleiben weiterhin angemietet, die Arbeitsgelegenheiten stehen diesem Träger weiterhin zur Verfügung. Lediglich das, was dort gewissermaßen als Wohnstube genutzt wird – die psychosoziale Betreuung, die Beratungstätigkeit –, soll jetzt zu einem anderen Träger übergehen.

(*Antje Möller GAL:* Das ist doch das Einzige, was je gefördert wurde!)

– Ob das im Hinblick auf die Betreuung dieser Leute effizient ist, Frau Möller wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Frau Möller, es wäre interessant, in aller Ruhe darüber zu reden, wie die schwarz-grüne Drogenpolitik aussieht, denn im Moment weiß ich das noch nicht. Das sollte nicht in der Hektik geschehen, die jetzt im Zusammenhang mit dem Träger Subway notgedrungen fällig ist, weil das, was vorgesehen ist, meiner Überzeugung nach so nicht funktionieren wird. So werden einige Leute verloren gehen. Das ist das Problem.

Am Ende wird die Behörde einen kleinen Träger erfolgreich kleinbekommen haben und vermutlich mit hoher Wahrscheinlichkeit vor Gericht so erfolgreich sein wie bisher, denn in allen drei Verfahren, die der Träger gegen die Behörde durchgeführt hat, hat sie fulminant verloren. So viel zur Wahrscheinlichkeitsabschätzung hinsichtlich der Erfolgsaussichten vor Gericht. Wie soll es weitergehen, wenn nicht so, dass man sich jetzt ganz schnell die "lumpige" Summe von 50 000 Euro besorgt, damit es so weitergehen kann, bis eine vernünftige Lösung gefunden worden ist. Diese wurde dadurch verpasst, Herr Wersich, dass im letzten Jahr nichts getan wurde. Sie hätten zum Beispiel eine Ausschreibung machen können für das, was dieser Träger anbietet. Das ist nicht geschehen. Sie haben abgewartet, bis es nicht mehr weitergeht. Das ist der Skandal in der Geschichte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Nebahat Güclü:** Frau Domres, Sie haben das Wort.

**Anja Domres SPD:\*** Meine Damen und Herren! Jetzt muss ich doch noch einmal ganz kurz nach vorne kommen, weil ich Frau Möller gern antworten möchte.

Ich bin ziemlich neu in dieser Bürgerschaft und ich habe die letzten Monate überwiegend damit zugebracht, den Debatten zu lauschen. Heute bin ich das erste Mal nach vorne gegangen. Ich habe fest-